

KLAR TEXT

eMagazin der IG BCE Hessen-Thüringen

Ausgabe Nr. 15

Juni 2014

... nie genug ?



... das ist was Gutes !

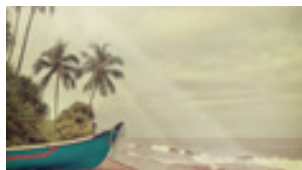
Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie





Uli Hoeneß ist ein verdienstvoller Mann - und sitzt im Knast. Er hat die Gesellschaft um Millionen Euro betrogen. Doch wenn rechte Demagogen von Sozial-schmarotzern sprechen, meinen sie nicht ihn sondern ganz andere Menschen: **Seite 3**

Der Aufschwung geht an den sozial Schwächsten vorbei. Zu diesem Ergebnis kommt die OECD. Der Grund: Ein völlig schräges Steuersystem, das auch die IG BCE kritisiert: **Seite 5**



Endlich Urlaub! Die schönste Zeit im Jahr. Den Urlaub „gewährt“ uns der Arbeitgeber. Aber stimmt das? Mitnichten, den Urlaub verdanken wir einer anderen Quelle: **Seite 6**

Das Freihandelsabkommen TTIP war Thema beim Europakomitee Hessen. Der US-Generalkonsul stellte sich der kontroversen Diskussion dazu und zu anderen Themen: **Seite 7**



Herausgeber: IG BCE Landesbezirk Hessen-Thüringen, Mainzer Straße 81, 65189 Wiesbaden, Tel. 0611 9884990, hessen-thueringen@igbce.de, www.hessen-thueringen.igbce.de, Verlag und Redaktion: stratopol, Beim Alten Schacht 3, 74177 Bad Friedrichshall, Tel. 07136 9629998, www.stratopol.de, Bildquellen: Shutterstock (5), Maleki Group (1), Europakomitee Hessen (1), Klaudia Schreiner / IG BCE (1), Ylva Sommer (1)



Ja, es stimmt. Unser Staat ist arm. Wirklich arm. Wäre es kein Staat sondern eine Firma, würde die Staatsanwaltschaft wegen Insolvenzverschleppung ermitteln.

Satte 2.150 Milliarden Euro Schulden – und jede Sekunde werden es 1.500 Euro mehr. Das klingt, als könnte man das nie mehr in den Griff bekommen.

Dabei gäbe es ein Rezept. Denn jede Sekunde werden in Deutschland auch über 3.000 Euro Steuern hinterzogen. Jede einzelne Sekunde im Jahr.

Unser Staat ist arm. Unsere Reichen sind reich. Aber offensichtlich noch nicht reich genug. Dabei steht fest: Einen armen Staat können sich nur Reiche leisten. Mehr darüber in diesem KLARTEXT.

Volker Weber
Landesbezirksleiter

facebook



Von Nimmersatten und Sozialschmarotzern

Uli Hoeneß ist ein verdienstvoller Mann - und sitzt im Knast. Er hat die Gesellschaft um Millionen Euro betrogen. Doch wenn rechte Demagogen von Sozialschmarotzern sprechen, meinen sie nicht ihn, sondern die Gruppen unserer Gesellschaft, die jenseits des Existenzminimums leben müssen, weil sie alt, krank oder ohne Bildung sind.

Gerne wird so getan, als seien es diese Menschen, die an unserem Wohlstand nagen. Ähnlich demagogische Tricks kannten schon die alten Römer. „divide et impera“ hieß es damals. Zu deutsch: „teile und herrsche“.

Die Schuldigen sind schnell gefunden

Gesellschaftliche Gruppen, auf die man mit dem Finger zeigen kann, sind schnell ausgemacht. Menschen, die aus Angst vor Folter und Tod zu uns geflüchtet sind, werden als „Asylanten“ zur Bedrohung unseres Wohlstandes hochstilisiert. Langzeitarbeitslose liegen uns angeblich auf der Tasche. Und in jüngster Zeit sollen es die Rumänen und Bulgaren sein, die in Scharen zu uns strömen, um unser Sozialsystem auszuplündern.

Dass die Realität oft völlig anders aussieht, wird gerne ignoriert. So wie bei der Mär von den rumänischen „Hartz-IV-Schnorrern“. Die Wahrheit ist: Ungefähr 10 Prozent der in

Deutschland lebenden Rumänen und Bulgaren beziehen Hartz IV. Allerdings tun das auch 17 Prozent der Berliner und über 14 Prozent der Bremer. Der EU-Beitritt osteuropäischer Staaten hat auch nicht zu einem Massenzug geführt. So sind die wenigsten Rumänen und Bulgaren in Deutschland als „Sozialtouristen“ unterwegs, sondern arbeiten regulär.

Die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, die sie in deutsche Kassen einzahlen, sind wesentlich höher als Sozialleistungen, die ihre Landsleute hier erhalten. Die Menschen aus den osteuropäischen Ländern sind hier in Deutschland tatsächlich „Nettozahler“.

Parole Ablenkung

Unser Problem sind nicht die, die nichts haben, sondern die, die den Hals nicht voll genug kriegen.

Steuerhinterziehung ist eben kein Kavaliersdelikt sondern Diebstahl an der Allgemeinheit.

Brigitte Unger, Wissenschaftlerin der Hans-Böckler-Stiftung, die sich intensiv mit Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Schwarzarbeit auseinandergesetzt hat, beziffert den Gesamtschaden auf 100 Milliarden Euro pro Jahr.

100.000.000.000 Euro

Das ist dreimal mehr als uns alle Hartz-IV-Empfänger in ganz Deutschland kosten. Würden wir das Geld nehmen, um die horrenden Staatsschulden abzutragen, wäre uns das in rund 13 Jahren vollständig gelungen.



Die beste Schuldenbremse

Steuerehrlichkeit wäre also die beste „Schuldenbremse“. Und: Alle Kürzungen in Bildung und Gesundheitssystem der letzten Jahre, alle Mehrbelastungen für uns Arbeitnehmer wären nicht nötig gewesen, wenn uns nicht große Teile der „Elite“ unserer Gesellschaft“ systematisch bestohlen hätten.

„Sozialschmarotzer“ ist ein demagogischer Begriff. Aber wenn er zutrifft, dann auf die, die alles haben - aber offensichtlich noch immer nicht genug.

KOSTENLOS

KLARTEXT ist das neue eMagazin der IG BCE Hessen-Thüringen. Kostenlos alle 2 Monate in Ihrem Email-Postfach. Das Abo ist nur einen Klick entfernt - und jederzeit kündbar: www.igbce-klartext.de

Soziale Ungleichheit nimmt weiter zu

Der Aufschwung in Deutschland geht an den sozial Schwächsten vorbei

Der Aufschwung geht an den sozial Schwächsten vorbei. Zu diesem Ergebnis kommt die Industriestaaten-Organisation OECD in ihrem alle zwei Jahre veröffentlichten Wirtschaftsausblick. „Das relative Armutsrisiko und die Einkommensungleichheit sind in den letzten Jahren weitgehend unverändert geblieben.“

Konkret rät die OECD, die Einkommenssteuern und die Sozialabgaben vor allem für Geringverdiener zu senken. Im Gegenzug sollten Immobilienbesitzer und Erben stärker besteuert werden.



Die Arbeitslosenquote sei zwar niedrig, heißt es in dem Bericht. Problematisch seien jedoch der stark gewachsene Niedriglohnssektor und der hohe Anteil befristeter Beschäftigter. Vor allem Minijobber, Alleiner-

ziehende, Langzeitarbeitslose, Ältere und Zuwanderer liefen Gefahr, rasch in die Armut abzustürzen. Zudem verfügten 37 Prozent aller Haushalte über keinerlei Vermögen, heißt es. Dieser Anteil sei im internationalen Vergleich relativ hoch.

Kein Wunder: Von jeder Lohnerhöhung greift der Staat so viel ab, dass kaum etwas übrig bleibt. Das ist ungerecht, findet die IG BCE und fordert deshalb eine rasche Steuerentlastung für Arbeitnehmer.

Im zweiten Schritt brauchen wir eine grundsätzliche Reform, die den „Mittelstandsbauch“ abschafft. Die Steuerbelastung zwischen derzeit 14 und 42 Prozent steigt nämlich nicht gleichmäßig, sondern gerade im unteren und mittleren Teil besonders steil an.

Das ist ungerecht und muss mittelfristig geändert werden.

KEIN GESCHENKTER TAG

Endlich Urlaub! Die schönste Zeit im Jahr. Zeit für die Familie und für sich selbst. Zeit, um neue Kraft zu tanken. Den Urlaub „gewährt“ uns der Arbeitgeber.

Aber stimmt das?

Nicht wirklich. Denn in den Anfangszeiten der industriellen Entwicklung war Urlaub ein Fremdwort und schlicht nicht vorgesehen.

Der Kampf um freie Tage wurde eine der ersten Aufgaben der Gewerkschaften. Erste Erfolge ließen denn auch nicht lange auf sich warten.

Die frühen gesetzlichen Regelungen in Europa gehen auf die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zurück und begannen bei drei bis sechs Werktagen im Jahr. Heute schreibt die Europäische Union in Art. 7 der Arbeitszeitrichtlinie einen Mindesturlaub von vier Wochen vor. Auf anderen Kontinenten ist er meist

viel geringer, in manchen Ländern, wie etwa den USA, besteht gar kein gesetzlicher Anspruch.

Die IG BCE hat den gesetzlichen Mindesturlaub noch dazu in Verhandlungen mit den Arbeitgebern auf mindestens sechs Wochen erhöhen können und im Tarifvertrag festschreiben lassen.

Den Urlaub haben die Beschäftigten also ihrer Gewerkschaft zu verdanken. Ebenso wie zusätzliche Urlaubstage für Schichtarbeiter und das tarifliche Urlaubsgeld. Für viele Familien wird der Jahresurlaub so erst erschwinglich. Mitglied in der IG BCE zu sein, zahlt sich eben aus!

Kontroverse Diskussion über TTIP

Anfang Mai diskutierte das Europakomitee Hessen mit dem US-Generalkonsul Kevin C. Milas (Bild, 2. v.r.) über die Perspektiven in der Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa. Thema waren auch die TTIP-Verhandlungen. Milas bezeichnete das Abkommen über Transatlantische Handels- und Investmentpartnerschaft als „wichtigstes Abkommen seit dem Marshall-Plan.“

TTIP mache den transatlantischen Markt mit rund 800 Millionen Verbrauchern zum größten Handelsblock mit einer positiven Auswirkung auf die Weltwirtschaft. Milas zeigte sich überzeugt, dass TTIP „einen neuen

Standard in der wirtschaftlichen Kooperation setzen wird“.

Diese Position blieb nicht unwidersprochen. Besonders wurde von den Teilnehmern kritisiert, dass die Verhandlungen weitgehend hinter verschlossenen Türen stattfänden.

Auch Volker Weber, IG BCE Landesbezirksleiter und stellvertretender Vorsitzender des Europakomitees, sieht dieses Abkommen zwiespältig: „Die IG BCE ist nicht grundsätzlich gegen das Freihandelsabkommen, sondern sieht darin eine Gelegenheit, die Globalisierung von Produktion und Handel politisch fair zu gestalten. Ziel muss es sein,

den internationalen Wettbewerb so zu ordnen, dass die Menschen diesseits und jenseits des Atlantiks davon profitieren. Das beinhaltet auch, dass die USA Tarifautonomie, Mitbestimmung und Betriebsverfassung anerkennen. Der Vertrag darf auf keinen Fall dafür genutzt werden, Sozial- und

Umweltstandards runterzuschrauben. Dazu gehört auch, dass die Verhandlungen transparent und nachvollziehbar geführt werden. Vor allem muss eine Beteiligung des europäischen Parlaments gewährleistet sein und auch der Sachverstand der Gewerkschaften hinzugezogen werden.“





Mutig

Die IG BCE Jugend Hessen-Thüringen wollte auf dem Bundesjugendtreffen Anfang Juni die Mitbestimmung zum Thema machen. Das gelang auf unkonventionelle Art. Ihre grell pinkfarbenen T-Shirts waren an diesem Wochenende schon von weitem sichtbar und führt zu mancher Spöttelei. Das Nachdenken setzte ein, als die Spötter die Rückseite der Shirts lasen: „PINK?! – Hätt ich da mal mitbestimmt!“.